



SAP-Gelände in Walldorf

R. WITTEK / IMAGO

Managergehälter

Ohrfeige für SAP-Gründer Plattner

Die Aktionärsvertreter Hermes und ISS wollen den Aufsichtsratschef nicht entlasten.

Einflussreiche Aktionärsvertreter begehren vor der Hauptversammlung am kommenden Mittwoch gegen exzessive Vorstandsgehälter beim Softwarekonzern SAP auf. „Wir werden gegen die Entlastung des Aufsichtsrates stimmen, weil wir erhebliche Bedenken bezüglich des Vergütungssystems haben und diese vom Aufsichtsrat ignoriert wurden“, sagt Hans-Christoph Hirt vom britischen Investor und Aktionärsvertreter Hermes. „Wir halten die maximal mögliche Vergütung für unangemessen hoch.“ Zudem entwickelten sich die Gehälter von Vorstand und anderen Angestellten nicht im Gleichlauf. SAP-Chef Bill McDermott hatte im vergangenen Jahr rund 15 Millionen Euro verdient. Sein Gehalt wird vor allem durch einen in Aktienoptionen gezahlten Erfolgsbonus getrieben und kann auf bis zu 41 Mil-

lionen Euro steigen. 45 Prozent der Aktionäre hatten das Vergütungssystem bereits bei der Hauptversammlung 2016 abgelehnt. Dieses Jahr lässt der Aufsichtsrat um SAP-Gründer Hasso Plattner gar nicht erst über die Gehälter abstimmen, das Votum ist freiwillig. Das Vergütungssystem bleibt unverändert. „Es ist bedauerlich, dass Herr Plattner mit Blick auf Managergehälter kein Gespür für das gesellschaftliche Klima zeigt“, kritisiert Hirt. Zwar sei SAP ein Aushängeschild der deutschen Wirtschaft. „Doch es gibt rote Linien, die Unternehmen nicht überschreiten sollten.“ Auch die einflussreiche Aktionärsvertretung ISS empfiehlt ihren Kunden, den Aufsichtsrat nicht zu entlasten. Das Verhalten des Kontrollgremiums zeige „einen ausgeprägten Mangel an Aufsicht und guter Unternehmensführung“. mhs

Umwelt

RAG erleidet Schlappe

Im langjährigen Streit um seine mit PCB verseuchten Grubenwässer hat der Kohlekonzern RAG eine schmerzhaft Niederlage einstecken müssen. Nordrhein-Westfalens Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) hat die

zuständige Bezirksregierung angewiesen, die RAG zur Reinigung von Millionen Kubikmeter Wasser zu verpflichten. Jüngste Messungen hätten PCB im Grubenwasser nachgewiesen. Dazu muss das Unternehmen unverzüglich mehrere Pilotanlagen bauen, in denen die krebserregenden Chlorverbindungen mit

Aktivkohle herausgefiltert werden sollen. Die RAG weiß durch Recherchen des SPIEGEL seit mehr als zwei Jahren, dass in ihren Bergwerken 10 000 Tonnen hochgiftiges PCB in Form von nicht ordnungsgemäß entsorgten Hydraulikölen lagern. Trotzdem hatte sich das Unternehmen bislang standhaft gewei-

gert, die giftige Brühe vor der Einleitung in Flüsse und Seen zu reinigen. Kritiker befürchten auch jetzt, dass der Kohlekonzern die teuren Sanierungsmaßnahmen so lange auf schieben wird, bis Mitte Mai ein neuer Landtag gewählt ist. Die Grünen könnten dann nicht mehr in Regierungsverantwortung sein. fdo, bas